

Jugendpolitisches Positionspapier der Landjugend Württemberg-Baden e.V. anlässlich der Landtagswahlen 2026 in Baden-Württemberg

Bei der Wahl zum neuen Landtag in Baden-Württemberg im Frühjahr 2026 geht es auch um die Zukunft des ländlichen Raums und damit um die Zukunft von uns jungen Menschen, die dort leben, arbeiten und sich engagieren. Der ländliche Raum sieht sich mit großen Herausforderungen konfrontiert: Viele junge Menschen fühlen sich in Bereichen wie Digitalisierung und Mobilität nach wie vor abgehängt. Das Bewusstsein für die Landwirtschaft als Grundlage unserer Ernährung geht zunehmend verloren. Die gesellschaftliche Spaltung vertieft sich und ehrenamtliches Engagement wird durch immer anspruchsvollere Rahmenbedingungen erschwert. Mehr denn je brauchen wir ein gemeinsames Verständnis dafür, wie wir als Gesellschaft zusammenleben und was jede und jeder Einzelne dazu beitragen kann. Als Landjugend erleben wir diese Entwicklungen täglich und wissen, wo junge Menschen bessere Chancen und Rahmenbedingungen brauchen. Trotz dieser Herausforderungen blicken wir als Landjugend nicht ängstlich in die Zukunft. Aber wir sagen klar: So kann es nicht weitergehen!

Vom zukünftigen Landtag erwarten wir sich für Folgendes einzusetzen:

1. Mobilität im Ländlichen Raum

Eine faire Mobilitätspolitik bedeutet: gleiche Chancen auf Mobilität, unabhängig vom Wohnort. Nur so bleibt das Leben auf dem Land für junge Menschen attraktiv, selbstbestimmt und zukunftsfähig. Der ländliche Raum braucht dabei keine Kopie städtischer Verkehrssysteme, sondern eigene, intelligente Lösungen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren. Menschen, die auf dem Land leben, sollen flexibel, sicher und umweltbewusst unterwegs sein können.

Wir fordern:

- eine intelligente Kombination zwischen ÖPNV, Elektromobilität und flexiblen Zusatzangeboten.
- ein gezieltes Förderprogramm von E-Bikes und Fahrrädern für alle jungen Menschen im ländlichen Raum ab 12 Jahren. Das vergrößert den eigenen Radius und erlaubt es jungen Menschen auch unabhängig vom „Elterntaxi“ zum Sport, zum Verein oder zu Freunden zu fahren.
- eine gezielte Förderung des Führerscheins (auch Rollerführerschein oder Leichtkraftfahrzeuge) für junge Menschen im ländlichen Raum.
- die Einbindung der Landjugend-Perspektive bei der Erstellung oder Überarbeitung des Landeskonzepts Mobilität und Klima.
- eine aktive Einbindung von Jugendlichen in die Verkehrsplanung vor Ort. Niemand weiß besser, welche Mobilitätsangebote wirklich gebraucht werden, als die Betroffenen selbst, auch nicht deren Eltern.

2. Ländlicher Raum und Landwirtschaft

Lebensmittelproduktion ist die Grundlage unserer Gesellschaft und passiert beinahe ausschließlich im ländlichen Raum. Wenn wir die Erzeugung unserer Nahrungsmittel ins Ausland verlagern, machen wir uns abhängig und gefährden unsere eigene Versorgungssicherheit und damit auch die Zukunft und Unabhängigkeit unserer Generation. Landwirtschaft muss als zentraler Bestandteil einer nachhaltigen und resilienten Gesellschaft verstanden und wertgeschätzt werden.

Wir fordern

- die Aufklärung über Lebensmittelverschwendungen, insbesondere in Privathaushalten
- die Darstellung des ländlichen Raumes nicht nur als Naherholungsgebiet, sondern auch als Ort der Lebensmittelerzeugung
- die Anerkennung der Doppelnutzung von Feldwegen sowohl als Rad- und Spazierweg als auch als Arbeitsweg für die Landwirtschaft.
- mehr Aufklärung zu den Themen Lebensmittelproduktion, Ernährung und Saisonalität
- eine klare politische Strategie zur Stärkung der Ernährungssouveränität in Baden-Württemberg.

3. Mehr Praxis im Bildungssystem

Die Mehrheit junger Menschen fühlt sich durch die Schule nicht ausreichend auf das Berufsleben vorbereitet. Wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Beruf und im Alltag gebraucht werden, kommen im Schulunterricht oft zu kurz. Um junge Menschen bestmöglich auf ihre Zukunft vorzubereiten, muss ihre Handlungskompetenz gestärkt und die Lücke zwischen Theorie und Praxis geschlossen werden. Jugendliche sollten individuell auf ihren weiteren Bildungs- oder Berufsweg vorbereitet werden. Alles mit dem Ziel sich ohne große Hürden auf Ausbildung, Studium und später den Beruf konzentrieren zu können.

Wir fordern:

- eine bessere Vorbereitung junger Menschen auf den Alltag, etwa den Umgang mit Finanzen, Verwaltung oder Haushaltsführung.
- die Unterstützung der Schulen durch Kommunen, etwa durch praxisorientierte Kurse oder AGs im Nachmittagsprogramm.
- die Zeit, in der in Schulen meist weniger regulärer Unterricht stattfindet (letzte Tage vor den Ferien) und auch Teile der Sommerferien sollen in Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern sinnvoll für praktische Lernangebote zur Vermittlung von Alltagskompetenzen genutzt werden eine engere Verzahnung von Betrieben, Schulen und überbetrieblichen Bildungseinrichtungen.
- mehr praxisnahe Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen.
- die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

4. Gesellschaftliches Pflichtjahr und Wehrdienst

In Politik und Gesellschaft wird derzeit erneut über die Einführung eines Pflichtdienstes – sei es in Form eines gesellschaftlichen Pflichtjahres oder eines verpflichtenden Wehrdienstes – diskutiert. Die Debatte fällt in eine Zeit wachsender gesellschaftlicher Spaltung, in der direkter Austausch immer seltener wird. Dabei ist gerade dieser Austausch zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitiges Verständnis.

Ein gesellschaftliches Jahr bietet wertvolle Chancen.

Junge Menschen unterschiedlicher sozialer Hintergründe, Bildungswege und Herkunft erhalten die Möglichkeit, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gesellschaft einzusetzen. Dadurch wächst gegenseitiges Verständnis und gesellschaftlicher Zusammenhalt, gleichzeitig eröffnen sich Einblicke in verschiedene Berufsfelder, Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung und die Chance, soziale Kompetenzen sowie den Gemeinschaftssinn zu stärken. Ein solches Jahr kann dazu beitragen, Werte und Fähigkeiten zu fördern und der Gesellschaft etwas zurückzugeben.

Wir fordern:

- den Ausbau freiwilliger gesellschaftlicher Dienste, um innerhalb eines praktikablen Zeitraums die Grundlage für ein mögliches Pflichtjahr zu schaffen.
- die Sicherstellung von Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Fragen rund um den Wehrdienst, die Freiwilligendienste und ein mögliches Pflichtjahr.
- die gleichwertige Berücksichtigung eines zivilen Ersatzdienstes bei jeder Diskussion über eine Reaktivierung des Wehrdienstes.
- die aktive Einbeziehung von Jugendverbänden in alle politischen Debatten zum Wehrdienst und dem gesellschaftlichen Pflichtjahr, da sie die Generation vertreten, die unmittelbar betroffen ist.

5. Anerkennung von Engagement und Leistung

Leistung und Verantwortungsbereitschaft müssen im Beruf wie im Ehrenamt belohnt werden, denn wer Verantwortung übernimmt, gestaltet Zukunft. Wenn junge Menschen Verantwortung übernehmen wollen, wird ihr Engagement oft durch Bürokratie gebremst. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, die Mut, Engagement und Eigeninitiative fördert und jungen Menschen zutraut, Verantwortung zu übernehmen. Wir befürworten ausdrücklich das Engagement Baden-Württembergs für die Ehrenamtskarte als sichtbares Zeichen der Wertschätzung der freiwilligen Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung.

Wir fordern:

- die Ehrenamtskarte soll landesweit jugendgerecht umgesetzt werden. Dabei werden die Bedürfnisse der Jugend im ländlichen Raum besonders berücksichtigt.
- dass Behörden und öffentliche Einrichtungen als Möglichmacher für junge Menschen auftreten und ihnen motiviert und unterstützend begegnen.
- die Unterstützung von klein- und mittelständischen Betrieben als Arbeitgeber und Motor im ländlichen Raum.

6. Breitbandausbau und Digitalisierung

Im ländlichen Raum ist der Breitbandausbau noch immer unzureichend, obwohl eine schnelle Internetverbindung Voraussetzung für Digitalisierung, so wie gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Teilhabe ist. Fehlende digitale Infrastruktur ist strukturelle Benachteiligung. Wenn Online-Veranstaltungen, digitale Lernangebote oder hybride Formate nicht genutzt werden können, bleiben Chancen auf Bildung, Engagement und Vernetzung ungleich verteilt.

Wir fordern:

- schnellerer und flächendeckender Ausbau des Breitbandinternets im ländlichen Raum
- gezielte Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche und Jugendgruppenleitungen, damit Digitalisierung im Ehrenamt sicher und kompetent genutzt werden kann.
- finanzielle Unterstützung und Förderprogramme für die digitale Ausstattung von Jugendverbänden und Ehrenämtern, um Kosten für Software, Hardware und technische Infrastruktur teilzudecken.
- Berücksichtigung des ländlichen Raums durch digitale und hybride Beteiligungsformate, um auch bei weiten Anfahrtswegen Teilhabe zu ermöglichen.

7. Medienbildung stärken in Schule & Ehrenamt

Digitale Medien und soziale Netzwerke haben für junge Menschen schon längst eine große Bedeutung. Der kompetente Umgang damit muss zielgruppengerecht vermittelt werden, das muss auch durch außerschulische Angebote unterstützt werden.

Wir fordern:

- Qualifizierung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften, um digitale Kompetenzen kompetent und zielgruppengerecht vermitteln zu können.
- pädagogisch begleitete Auseinandersetzung mit KI, Datenschutz & Desinformation.
- dass in die Konzeption für den Bildungsplan für das neue Schulfach Informatik und Medienbildung geeignetes Fachpersonal auch aus der Praxis einbezogen wird.

Wir fordern den zukünftigen Landtag auf, sich auch für junge Menschen im ländlichen Raum Baden-Württembergs einzusetzen. Dazu gehört, sich für bessere Bildung, gleiche Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt, Bleibeperspektiven und die ernsthafte Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen stark zu machen. Wir fordern die Politik auf eine offene, diverse und akzeptierende Gemeinschaft im Land zu begünstigen.

Stuttgart, November 2025

Die Landjugend Württemberg-Baden e.V. ist ein freier Zusammenschluss von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im ländlichen Raum. Der Verband wurde 1947 gegründet und umfasst heute rund 3500 Mitglieder. Das Verbandsgebiet der Landjugend Württemberg-Baden e.V. erstreckt sich über Nordbaden und Nordwürttemberg vom Main-Tauber-Kreis bis zum Alb-Donau-Kreis und reicht westlich bis Karlsruhe. Der Verband vertritt den ländlichen Raum in den Bereichen Agrar-, Weinbau- und Jugendpolitik und bietet zudem Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.